

Stand: 16.03.2010 08:18:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1151

"Zurückstellung des Entwurfs zur Zweiten Verordnung zur Änderung der  
Frequenzbereichszuweisungsplanungsverordnung (BR-Drs. 204/09)"

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Franz Maget, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Reinhold Perlak, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer** und Fraktion (SPD)

### **Zurückstellung des Entwurfs zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanungsverordnung (BR-Drs. 204/09)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf zu drängen, dass die am 15. Mai 2009 geplanten Beratungen im Bundesrat über den Entwurf zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichsplanungsverordnung (Bundesrats-Drucksache 204/09) ausgesetzt wird, damit über die Nutzung des Frequenzbands 790 MHz bis 862 MHz erst nach ausführlicher Prüfung entschieden wird.

Vorher sind die betroffenen Verbände, Einrichtungen, Vereinigungen, Hersteller und Betroffene zu hören und maßgeblich zu berücksichtigen, insbesondere was erforderliche Umrüstungs- und Neubeschaffungskosten betrifft, die auf die bisherigen Sekundärnutzer dieser Frequenzen zukommen.

#### **Begründung:**

Im Rahmen der Breitbandstrategie wurde unter dem Stichwort „Digitale Dividende“ begonnen, analoge TV-Kanäle in digitale DVB-T-Kanäle umzuwandeln und diese enger zusammenzulegen. Nicht zuletzt im Rahmen des Konjunkturpakets II wird versucht, umgehend leistungsstarke Breitbandanschlüsse verfügbar zu machen, um den ländlichen Raum – statt einer entsprechenden Verkabelung mit Glasfaserkabeln – Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt diese Bemühungen, die zu einer Stärkung der ländlichen Räume beitragen, ganz ausdrücklich. Am geeignetsten erscheinen für die Internet-Funkübertragung dabei die Frequenzen zwischen 790 und 862 Megahertz. Dabei ging man wohl davon aus – ohne die genaue Frequenzbelegung, aufgeteilt in Primär- und Sekundärnutzer – überprüft zu haben, dass dadurch ein unbenutzter Frequenzbereich entsteht. Doch genau in diesem Spektrum arbeiten in Deutschland heutzutage die Beschaller, welche drahtlose Mikrofone verwenden.

Die durch den Wegfall dieses Frequenzbandes entstehenden Verluste sind enorm und gliedern sich in zwei Bereiche. Die Kosten für den Austausch der 700.000 Drahtloseinheiten betragen mehrere Milliarden Euro, falls man überhaupt ein alternatives Frequenzband zur Verfügung stellen würde. Fachleute haben den Investitionsbedarf allein für die mit Steuergeldern finanzierten Kultureinrichtungen auf 2,5 bis 3,3 Milliarden Euro geschätzt. Das ist mehr als der Jahreshaushalt aller öffentlich finanzierten Theater in Deutschland beträgt. Viel gravierender ist jedoch der finanzielle Schaden, der durch den ersatzlosen Wegfall der Technik entstehen wird.

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Reinhold Perlak, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Dr. Christoph Rabenstein, Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/1151

**Zurückstellung des Entwurfs zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanungsverordnung (BR-Drs. 204/09)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Wir müssen deswegen jetzt den zweiten Dringlichkeitsantrag aufrufen:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Umfassende Prüfung der Auswirkungen einer Umverteilung des Frequenzbandes von 790 bis 862 MHz (Drs. 16/1142)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)**

**Zurückstellung des Entwurfs zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung (BR-Drs. 204/09) (Drs. 16/1151)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Ich habe keine Redezeit-Angabe. Sehe ich die irgendwie?

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Die Zeit kommt, sobald Sie anfangen zu sprechen.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung: Hinter diesem schönen deutschen Wortungesetz verbirgt sich die Thematik dieses Dringlichkeitsantrags. Es geht um die Umnutzung von Funkfrequenzen im Frequenzspektrum von 790 MHz bis 862 MHz. Was ist der Hintergrund dieser doch zunächst etwas trocken und bürokratisch anmutenden Thematik? Durch die Digitalisierung des Rundfunks werden vermehrt Frequenzen in verschiedenen Frequenzbereichen frei und diese können von anderen Nutzern beansprucht werden. Das ist die sogenannte digitale Dividende. Natürlich macht es Sinn, auch eine Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung vorzunehmen und eine Umnutzung von frei werdenden Frequenzen zu ermöglichen. Auf den ersten Blick also eine gute Idee - auch vor dem Hintergrund, dass man diese Frequenzen zum

Beispiel für schnelle Internetverbindungen nutzen kann, was gerade bei uns in Bayern im ländlichen Raum eine Rolle spielt. Auf den ersten Blick also gar nicht so dumm, diese Frequenzen für die Internetnutzung zu verwenden.

Auf den zweiten Blick stellt sich das zumindest für uns GRÜNE als etwas problematischer dar - das nur am Rande -, weil wir in der Funkübertragung beim Internet nicht unbedingt den Königsweg sehen, nicht zuletzt wegen der wachsenden Strahlenbelastung der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt für uns sinnvollere Lösungen; wir würden eine Kabellösung in jedem Fall vorziehen.

Auf den dritten Blick erschließt sich die Problematik der Bundesratsinitiative durch die Bundesregierung. Dabei ist zu erkennen, dass diese Frequenzen mitnichten frei werden, jedenfalls werden sie nicht gänzlich frei. Diese Frequenzen, die jetzt vergeben werden sollen, sollen zum Teil an private Anbieter versteigert werden und haben sekundäre Nutzer. Das sind ungefähr 700.000 Nutzer von Funkmikrofonen, die auf diesen Frequenzen senden. Diese Funkmikrofone werden zum Beispiel bei Musikveranstaltungen, in öffentlichen und privaten Theatern, bei öffentlichen Veranstaltungen, in Kirchen, bei Freiluftveranstaltungen, Sportevents, internationalen Sportgroßereignissen, in Stadthallen, von vielen kommunalen Einrichtungen, in Mehrzweckhallen, auf Freiluftbühnen, bei Kongressen und Messen genutzt - eine Vielzahl von Anwendungen, die auf diese Frequenzen zurückgreifen.

Problematisch ist, dass bisher überhaupt nicht geklärt ist, welche technischen Probleme sich mit einer gemeinsamen Nutzung, zum Beispiel von Internetanwendung, also Breitbandnutzung, und gleichzeitigem Gebrauch der Funkmikrofone auf diesen Frequenzen ergeben. Nach Berichten aus den USA haben bereits Konzerte abgebrochen werden müssen, weil eine gemeinsame Nutzung der Frequenzen durch das Internet nicht mehr möglich gewesen sei.

Ein weiteres großes Feld betrifft die finanzielle Folgenabschätzung, die mit dieser Initiative verbunden ist. Wer nämlich diese Veranstaltungen mit Mikrofonen weiter auf diesen

Frequenzen bzw. auf Ersatzfrequenzen durchführen will, der muss sich ein anderes Equipment besorgen. Schätzungen gehen bisher davon aus, dass dafür Investitionen in einer Größenordnung von zwei bis drei Milliarden Euro nötig werden. Den Aufwand hätten private Nutzer und Medienunternehmen zu tragen.

Die Bundesratsinitiative und insbesondere der Bundeswirtschaftsminister machen es sich zu einfach, wenn sie darauf hinweisen, dass für den Bundeshaushalt keine finanziellen Folgen entstehen. Für die Länderhaushalte ergeben sich massive finanzielle Folgen, denn auch unsere Theater sind davon betroffen, dass aufgrund dieser Umnutzung neue technische Ausstattungen nötig werden. Auch in diesem Zusammenhang werden massive Kosten auf die Haushalte zukommen.

Wir beantragen deshalb, dieser Bundesratsinitiative, die schon am 14. Mai behandelt werden soll, zunächst nicht zuzustimmen und sie zurückzustellen, bis die technischen Folgen und die finanziellen Folgen dieser Umnutzung der Funkfrequenzen ausreichend überprüft und abgeschätzt sind und mit allen Nutzern, die bisher auf diesen Frequenzen senden, tragfähige Kompromisse gefunden sind. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank.  
Nächste Wortmeldung: Kollege Linus Förster.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über die Funkfrequenzen reden, dann reden wir auch über die moderne Technik, die in der Rock- und Popmusik verwendet wird. Deswegen oute ich mich jetzt gleich einmal als ein gewissermaßen Befangener. Ich denke, auch die Kolleginnen und Kollegen Claudia Jung von den Freien Wählern, Tobias Thalhammer von der FDP oder Thomas Mütze von den GRÜNEN werden wissen, wovon ich spreche. Seit den 90-er Jahren verwendet man fast überall in der Unterhaltungstechnik bei Rock-, Pop- und Schlagerkonzerten diese modernen Funkmikrofone. Als ich ange-

fangen habe, war das noch ein bisschen anders. Da hat man ein Kabel am Mikrofon oder an den Lautsprecherboxen gehabt, nicht nur um, wie Roger Daltrey, eine Show zu machen, indem man sich am Mikrokabel festhält und das Mikro durch die Gegend geschwungen hat oder David Coverdale das Mikrostativ weggekickt und am Kabel zurückgeholt hat. Aus Showgründen macht man das sicherlich heute immer noch, aber damals in den 70-er und 80-er Jahren, als ich angefangen habe, blieb den Darstellern nichts anderes übrig. Ein Mikrofon war verkabelt und eine Lautsprecherbox war verkabelt.

Aus der Zeit der 70-er und 80-er Jahre sind wohl auch die Leute, die jetzt ganz schnell diese zweite Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung - das ist ein toller Begriff - im Bundesrat durchdrücken wollen. Es gibt über die Pressestelle des Bundesministeriums einen Hinweis, dass eine Umsetzung, wenn es am 15. Mai entschieden ist, sehr schnell erfolgen soll.

In den Köpfen dieser Menschen ist wohl noch nicht angekommen, dass heutzutage die Rock- und Popindustrie, die Unterhaltsindustrie, Musicals, Theater, aber auch die Nutzer moderner Übertragungs- und Kongresstechniken, die auch von unseren Parteien in den jeweiligen Zentren genutzt werden, diese Frequenzen der Funktechnik nutzen - nicht nur für die Monitore.

Kollegin Gote hat schon erklärt, wie es sich mit dem technischen Bereich verhält. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir von der SPD-Fraktion begrüßen jede Initiative, die eine schnellstmögliche Versorgung des ländlichen Raums mit schnellem Internet beabsichtigt. Das hat auch kürzlich der Antrag der Kollegin Annette Karl und der SPD-Fraktion zur Novellierung der Richtlinie zur Förderung der Breitbanderschließung in ländlichen Gebieten dokumentiert.

Die SPD-Fraktion begrüßt auch ausdrücklich die Initiative von Staatsminister Zeil, die Breitbandrichtlinie in Bayern zu novellieren, um die Förderhöhe und die Förderquote zu verbessern. Positiv ist auch, dass das Förderprogramm, welches zunächst mit 19 Milli-

onen Euro ausgestattet war, dank des Konjunkturprogramms II der Großen Koalition in Berlin mit 38 Millionen Euro ausgestattet wird. Das alles ist gut. Trotz dieser positiven Punkte dürfen wir nicht ungeprüft in eine Fehlentscheidung rutschen. Die SPD fordert keine grundsätzliche Ablehnung dieser Verordnung. Das fordern auch die GRÜNEN nicht, wenn ich Frau Kollegin Gote richtig verstanden habe.

Die GRÜNEN fordern "eine umfassende Prüfung" der Auswirkungen und wir von der SPD wollen, dass die betroffenen Verbände, Einrichtungen, Vereinigungen, Hersteller usw. zu hören und zu berücksichtigen sind. Bevor wir eine Entscheidung treffen, sollten wir sicher sein, dass wir sie hinterher nicht bereuen. Deshalb sind beide Dringlichkeitsanträge richtig und verdienen Ihre Zustimmung in diesem Hause.

Sind die Frequenzen erst einmal an die Provider vergeben - was nach Aussage des Bundesministeriums für Wirtschaft in kurzen Abständen und mit Hilfe der Länder bereits im Jahr 2010 möglich sein soll -, wird allen anderen die Nutzung dieser Frequenzen verboten, sofern sie nicht durch die starke Strahlung der Sender und die Gefahr von Interferenzen unmöglich werden würde. Ein professionelles drahtloses Mikrofon, wie ich es mir vor kurzem für 499 Euro gekauft habe, könnte ich in diesem Fall sofort in den Abfalleimer treten.

Ich möchte die Kosten und die Auswirkungen nicht wiederholen. Diese wurden bereits von Frau Kollegin Gote genannt. Diese Daten liegen auch unserem Antrag zugrunde. Vielleicht sollte der eine oder andere Kollege im Geiste noch einmal durchdenken, wie viele Betriebe, Stadthallen, Theater, Museen und Kongresshäuser er in seinem Wahlbezirk stehen hat. Er sollte auch nachdenken, welche Investitionen hierfür nötig sind. Diese Investitionen sollten wir nicht ungeprüft aufs Spiel setzen. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu einer Prüfung dieser Strategie. Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen der GRÜNEN und der SPD.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank.  
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sinner.

**Eberhard Sinner (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal reibt man sich die Augen und glaubt, nicht richtig zu hören: In der letzten Woche wurde eine Pressekonferenz zu dem Thema "Breitbandanschlüsse so bald wie möglich zur Verfügung zu stellen" veranstaltet. Heute treten die daran beteiligten Personen hier auf und sagen: Um Gottes Willen nicht so schnell.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Sinner, da haben Sie jetzt wirklich nicht zugehört, alles was recht ist!)

Im "Handelsblatt" war zu lesen, dass die Telekom über den Bund verärgert sei, weil die Teilnehmeranschlussleitungen - sozusagen die letzte Meile - verbilligt worden sei. Die Telekom hat angekündigt, ihre Entscheidungen noch einmal zu überdenken und Investitionen zurückzustellen. Die Politik darf deshalb die Alternativen heute nicht zurückstellen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Verzögerungen, sondern Tempo.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat dazu die Voraussetzungen geschaffen. Wir diskutieren seit einigen Jahren über das Thema "digitale Dividende". Wir hatten einen europäischen Anspruch, dies zu regeln. Dieser Anspruch wurde in langen Verhandlungen reduziert. Jetzt sind dafür die Länder und Mitgliedstaaten zuständig. Das haben wir im Europäischen Parlament und im Rat erreicht. Deshalb können wir jetzt, wo wir die Zuständigkeit haben, nicht sagen: Wir warten noch einmal. Wir schauen noch einmal. Bei der digitalen Dividende geht es europaweit um 100 bis 150 Milliarden Euro. Sie wollen Deutschland bei dieser Entwicklung zum Schlusslicht machen, weil Sie technologiefeindlich sind.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Anhaltende Heiterkeit!)

Frau Kollegin Gote, ich habe Ihnen mit Spannung zugehört. Für Sie ist die Digitalisierung beim Fernsehen wegen des Elektrosmogs ein Problem. Wenn Sie jedoch beim Weihwasser und beim Weihrauch mit Mikrofonen herumlaufen wollen, ist das offenbar kein Problem. Ein solches Durcheinander habe ich noch selten gehört.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt den Rechtsrahmen für die Telekommunikation auf der europäischen Ebene abschließen. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung unter Federführung unseres Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg eine Breitbandstrategie mit vier Säulen vorgelegt hat. Diese Säulen sind erstens Synergien beim Infrastrukturausbau, zweitens eine unterstützende Frequenzpolitik - darüber reden wir heute -, drittens wachstumsfreundliche Regulierung - darüber regt sich die Telekom momentan auf - und viertens finanzielle Fördermaßnahmen aus dem Landwirtschaftsministerium, dem bayerischen Wirtschaftsministerium und aus der Regionalpolitik.

Liebe Freunde von der Opposition, wir haben diese Frequenzbereichszuweisungsverordnung. Wer die Eckpunkte dieser Verordnung einmal gelesen hat - ich empfehle sie Ihnen zur Lektüre -, wird feststellen, dass es Tausende dieser Richtmikrofone gibt und deshalb für einen ungestörten Frequenzbereich, für eine ungestörte Sendung und für einen ungestörten Empfang gesorgt werden muss. Wir können heute aber keinen Stillstand verordnen, indem wir etwas blockieren, was bereits in den Eckpunkten der Bundesnetzagentur enthalten ist. Sie stellen heute Dringlichkeitsanträge und haben sich kein Jota mit der Materie auseinandergesetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist unverschämt, wenn Sie das immer unterstellen! Alle anderen sind doof!)

Wir bringen jetzt die Breitbandversorgung, die prioritär Versorgungslücken im ländlichen Raum schließen soll, auf den Weg. Liebe Frau Kollegin Gote, ich habe im Jahr 2007 bereits einen Workshop in Brüssel genau zu diesem Thema mit dem Institut für Rundfunktechnik durchgeführt. Ich habe Sie bei diesem Workshop nicht gesehen.

Wir sind jetzt in der Umsetzungsphase, und Sie wollen bremsen. Die CSU-Fraktion will den Breitbandausbau im ländlichen Raum massiv vorantreiben. Wir unterstützen die Bundesregierung und wir unterstützen den Wirtschaftsminister. Wir wollen aber auch, dass die Probleme der Pop- und Rockmusik im Verfahren geprüft werden, wie das Herr Wirtschaftsminister zu Guttenberg vorgeschlagen hat. Für beide Bereiche wird es eine Koexistenz geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie haben zunächst große Dinge gefordert und Papiere produziert. Jetzt, wo es darum geht, diese Dinge umzusetzen, rollen Sie die Fahne ein. Das machen wir nicht mit. Wir wollen Tempo und keinen Stillstand. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Hanisch das Wort.

**Joachim Hanisch (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Umverteilung der Frequenznutzungsrechte - im Prinzip ist es ein Verkauf - ist ein Thema, das sehr positiv klingt, da der Nutznießer der ländliche Raum sein soll. Es geht um Gebiete, die Schwierigkeiten haben und unter einer Unterversorgung mit DSL leiden. Wenn ich jedoch näher hinsehe, sehe ich zwei Probleme.

Das erste Problem: Ich habe immer ein schlechtes Gefühl, wenn solche Rechte verkauft werden. Es wurden bereits UMTS-Lizenzen für Milliardenbeträge verkauft und plötzlich war für die DSL-Versorgung in unserem Land kein Geld mehr da. Mit diesen Beträgen hätte ganz Deutschland spielend versorgt werden können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Kollege Sinner, Sie haben erklärt, nur die Schnelligkeit zähle. Ich möchte deshalb von Ihnen etwas mehr Fingerspitzengefühl einfordern. Hier geht es nicht nur um Schnel-

lichkeit. Wir müssen auch mit den Betroffenen reden, bevor wir Entscheidungen treffen. Das ist eine grundsätzliche Frage.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, gewisse Branchen brauchen diese Frequenzen oder zumindest Teile davon. Ich spreche zum Beispiel von den Theatern und der Unterhaltungsbranche. Fachleute haben mir gesagt, dass dies auch mit weniger Frequenzen möglich wäre. Dafür gebe es entsprechende Techniken. Ich bin kein Techniker und kann Ihnen nicht sagen, wie das im Detail aussieht. Fakt ist, dass man versuchen muss, mit den Betroffenen Lösungen zu finden. In Amerika sind solche Lösungen gesucht worden. Man hat damit schlechte Erfahrungen gemacht. Entscheidend ist aber, dass man diesem Entwurf im Bundesrat derzeit nicht zustimmen kann, weil mit den betroffenen Personen noch nicht ausreichend detaillierte Gespräche geführt worden sind. Das haben uns Organisationen bestätigt, die wir in der Kürze der Zeit zu erreichen versucht haben. Wenn diese Gespräche geführt worden sind, können Kompromisslösungen gefunden werden. Ich glaube, dass man dann beiden Seiten gerecht werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt werden wir beiden Anträgen klar zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächste hat Frau Kollegin Julika Sandt das Wort.

**Julika Sandt (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Egal, ob man eine Reise buchen oder einen Film herunterladen möchte, die Möglichkeiten des schnellen Internets sind aus dem geschäftlichen und dem privaten Leben überhaupt nicht mehr wegzudenken. In vielen Regionen Bayerns sind die schnelle Internetkommunikation und die Breitbandanbindung aber noch Zukunftsmusik. Das, was für viele von uns selbstverständlich erscheint, ist dort leider noch nicht möglich. Gerade Sie klagen doch auch über die Landflucht mit allen Konsequenzen wie sterbende Haupt-

schulen, zersplitterte Großfamilien und landwirtschaftliche Betriebe, die keine Nachfolger finden. Wir müssen wirklich etwas tun, damit der ländliche Raum attraktiver wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch unser Antrag! Wenn man ihn nicht verstehen will, versteht man ihn nicht!)

Das können wir mit nichts besser erreichen als mit einer modernen Kommunikationsinfrastruktur.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das haben wir in der letzten Legislaturperiode schon beantragt!)

- Da waren wir noch nicht im Landtag.

Wir sind mit dem erklärten Ziel angetreten, die Breitbandkommunikation auszubauen. Das ist inzwischen auch erklärter Wille der Koalition. Ich finde es schön, dass Sie das auch wollen. Dann müssen wir aber auch etwas dafür tun und entsprechend handeln. Wir können doch nicht Bayern vom Rest der Welt abhängen. Es gab eine Weltkonferenz, bei der gesagt wurde, dass der hohe Frequenzbereich von 790 bis 862 MHz primär den Mobilfunkdiensten zur Verfügung stehen solle. Da können wir doch nicht hinterherhinken. Die geplante Nutzung dieser Frequenzbereiche durch den UMTS-Nachfolger LTE wäre gefährdet, wenn wir Ihren Anträgen folgen würden. Wir sind nicht nur mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Breitbandanbindung für wirtschaftliche und reine Unterhaltungszwecke, sondern auch mit Blick auf die Kultur zukunftsorientiert. Natürlich ist auch für Kulturschaffende und für den ganzen Kulturbereich die Breitbandkommunikation nicht mehr wegzudenken. Sie können sich Theaterkarten bestellen, Sie können sich Bücher bestellen. Es gibt Medienkunst.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was nützen mir die Karten, wenn ich es nicht mehr hören kann?)

- Natürlich kann man es hören. Darauf komme ich jetzt gleich. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt nicht mehr verzögern und bremsen, sondern dass wir überlegen, was wir für die Kulturschaffenden tun können. Wir müssen ganz schnell handeln.

(Beifall bei der FDP)

Eine Lösung wäre es zum Beispiel, wenn man den Funkmikrofonen den Frequenzbereich von 470 bis 790 MHz zuteilt. Natürlich sollten die betroffenen Fachvertreter dabei eingebunden werden. Das ist auch keine Frage. Die bisherigen Barrieren und auch die Gebühren für die Kurzzeitzulassung in den unteren Frequenzbereichen müssen schnellstens entfallen. Hier wäre Handeln angesagt.

(Beifall bei der FDP)

Damit können Sie etwas für die Kultur, für die Kulturschaffenden, für die Theater, für die Konzerte und für die Unterhaltungsmusik tun.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole: Wir wollen allen Menschen die Nutzung moderner Kommunikation ermöglichen. Wir wollen aber auch den bisherigen Nutzern der Frequenzen entgegenkommen. Hier sitzen wir mit den Wirtschaftsministerien der anderen Länder und mit dem Bundeswirtschaftsministerium in einem Boot, weil diese eine Bereitstellung der Breitbandfrequenzen als alternativlos ansehen. Der Kommunikation gehört nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Kultur die Zukunft. Das ist unser Anliegen. Wir werden uns auch weiterhin intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Wir werden diese Entwicklung aber nicht ausbremsen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Jetzt hat noch einmal der Kollege Dr. Förster das Wort.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie geben hier ein trauriges Bild ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen sich mit den Argumenten der Opposition nur auf polemische und unsachliche Weise und mit hingeschmissenen Argumenten auseinander. Sie werfen uns vor, wir seien technikfeindlich und dagegen, dem ländlichen Raum zu helfen. Herr Kollege Sinner, normalerweise kommen wir gut klar. Warum stellen Sie uns dann als blöde Trottel hin? Ich könnte genauso gut kontern: Als Sie in diesem Kurs waren, gab es noch gar keine Funkmikrofone. Das ist so lange her, dass Sie gar nicht mehr wissen, was heute up to date ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler - Harald Güller (SPD):  
Treffend!)

Wir haben mit den aktuellen Herstellern dieser Techniken gesprochen. Ich habe mit Shure telefoniert und dabei mit jemandem gesprochen, der für die Entwicklung zuständig ist. Er hat mir gesagt, man kann jetzt noch nicht endgültig entscheiden. Er hat mir nicht gesagt, ich hätte völlig recht und es wäre falsch, mit dieser Frequenz zu arbeiten. Es gibt aber Varianten, bei denen man überlegen muss, ob für das Internet auch Gigahertzbereiche herangezogen werden können, die für Funkmikrofone allerdings nicht die richtige Frequenz sind. Ich bin nicht der Mensch, der die Technik absolut perfekt beurteilen kann. Vielleicht können Sie es. Vielleicht ist das Ihre wahre Berufung, statt Politiker zu sein. Wir haben aber den Freistaat Bayern auch davor zu bewahren, dass etwas Falsches organisiert wird, weil wir uns nicht den einen oder die zwei Monate Zeit genommen haben, um die Leute zu befragen, die diese Technik studiert haben und sie jetzt anwenden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Sie nicht zwingen, mit uns zu stimmen, aber ich bitte Sie doch um ein bisschen mehr Stil in der politischen Kontroverse.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Dr. Förster, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sinner zu?

**Eberhard Sinner (CSU):** Ich wollte eigentlich eine Zwischenbemerkung machen. Er ist jetzt aber fertig. Herr Kollege Förster - -

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, würden Sie bitte zur Antwort hierbleiben?

**Eberhard Sinner (CSU):** Herr Kollege Förster, wir diskutieren über dieses Thema nicht erst aufgrund Ihres Antrags, sondern die Diskussion über dieses digitale Thema läuft schon

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Seit fünf Jahren!)

drei, vier oder fünf Jahre. Wir alle wissen, dass wir auf die schnellen Internetverbindungen im ländlichen Raum Priorität gelegt haben. Wir können nicht sagen, wir verkabeln und erreichen bis 2018 mit 50 Megabit unser Ziel. Es gibt nicht nur in Bayern Rock- und Popmusik und schnurlose Mikrofone. Die gibt es auch in Italien, in Frankreich, in Großbritannien oder in den baltischen Staaten und überall. Wir haben in Brüssel eine heiße Diskussion darüber geführt, ob man diese Frequenzen aus kulturellen Gründen europaweit versteigern sollte. Wir haben erreicht, dass diese Agentur nicht gegründet wurde, sondern dass die Länder und Mitgliedstaaten zuständig sind. Sie können das, was jetzt vom Bundeswirtschaftsminister veröffentlicht wurde, nachlesen. Wir haben unter Abwägung der Nutzungsansprüche zu entscheiden. Sie haben den Gigahertz-Bereich angesprochen. Alles das steht auch in der Veröffentlichung. Wenn Sie alles das verinnerlichen, sehen Sie dann noch einen Sinn darin, eine Entscheidung im Bundesrat zu blockieren, die erst einmal den Weg freimacht, um alles das zu klären, was geklärt

werden muss? Wenn Sie jetzt nicht zustimmen, erreichen Sie nur einen Stillstand und kommen nicht vorwärts. Dann reden wir in einem halben Jahr auch noch über Internetschlüsse und die Klärung der Fragen, die Sie jetzt stellen. Deshalb können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, und dafür bitte ich um Verständnis.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Dr. Förster.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich sehe eine Chance, dass wir diesbezüglich diskutieren. Diese Diskussion müssen wir schnell führen. Die Betroffenen wissen dann aber, dass sie Ansprechpartner haben. Die Hersteller der erforderlichen Technik stehen zur Verfügung. Es gibt Kontakte und Netzwerke. Ich habe mich vorhin mit der Kollegin Claudia Jung unterhalten. Die Funkfrequenzen, die wir verwenden, werden zum Beispiel in der Schweiz bei Konzerten nicht verwendet. Also haben wir keine einheitliche Regelung. Vielleicht brauchen wir sie. Dann kommt es zu dieser Verzögerung. Uns geht es darum, zu prüfen, ob wir uns mit einer Entscheidung, die wir jetzt in einer Art Schnellschuss treffen, nur ins Knie schießen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Dr. Förster, ich habe noch eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Thalhammer. Bleiben Sie bitte noch am Pult.

(Harald Güller (SPD): So bekommt man auch seine Redezeit!)

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn Sie schon für die Musiker sprechen wollen, sollten Sie das sachlich und auf dem Boden der richtigen Tatsachen tun. Ich gratuliere Ihnen, dass Sie mit Shure gesprochen haben. Das zeigt, Sie haben Verstand für gute Funkmikrofone auf diesem Gebiet.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Werden jetzt Noten verteilt? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Industrie und die Musiker daran interessiert sind, neue Frequenzbereiche zu öffnen, die im Moment blockiert sind. Deshalb hat die FDP im Gegensatz zum vorliegenden Antrag einen Lösungsvorschlag erarbeitet, in einen neuen, niedrigeren Frequenzbereich auszuweichen, der in den USA angewendet wird. Musiker wie die Tenors mussten Zehntausende Euros bezahlen, damit sie diesen Frequenzbereich in Deutschland verwenden durften.

Wenn wir uns für die Interessen der Musiker einsetzen wollen, müssen wir die Bedenken berücksichtigen. Wir müssen aber auch auf die richtige Zukunftstechnologie setzen, die Weichenstellungen und Barrieren abwenden und minimieren und keine Schwarzweißmalerei betreiben, wie Sie das hier machen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wo ist denn Ihr Antrag?)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Dr. Förster, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Thalhammer - im doppelten Sinne als Abgeordneter und Musiker!

(Zurufe - Beifall bei der SPD)

Ich sehe Ihre Aussage nicht im Widerspruch zu meiner.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben davon gesprochen, dass die Alternativen geprüft werden sollen, was allerdings vom Ministerium bereits eingeleitet wurde. Gerade deshalb, weil es diese Möglichkeiten gibt, sollten wir diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Pfaffmann aus Ihrer Fraktion hat um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön, Herr Pfaffmann.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, lieber Linus Förster! Im ganzen Haus ist bekannt, dass die SPD-Fraktion und die Opposition allgemein in der letzten Legislaturperiode fünf bis zehn Anträge, betreffend die schnelle Realisierung der Internetverbindung, gestellt hat. All diese Anträge wurden unisono von der CSU-Fraktion abgelehnt. Ich sage das deswegen, weil Herr Sinner den Eindruck erwecken will, die SPD und die GRÜNEN wollten bremsen. Sind Sie denn mit mir auch der Meinung,

(Zurufe von der CSU: Nein!)

dass jemand, der fünf Jahre lang eine Entwicklung verschläft und sich jeder schnellen Breitbandanbindung im ländlichen Raum versagt, jedes Recht verloren hat, andere zu beschimpfen, sie würden jetzt bremsen?

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir wissen, dass die CSU-Fraktion die EU-Finanzmittel, die es in der letzten Legislaturperiode gegeben hätte, um schnelle Internetverbindungen zu realisieren, gar nicht in Anspruch genommen hat.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Sind Sie denn mit mir der Meinung, dass derjenige, der eine solche Politik macht, ganz leise argumentieren und andere nicht beschimpfen sollte?

(Harald Güller (SPD): Mit Demut!)

Er sollte sich mit Demut an das Rednerpult stellen.

Drittens. Sind Sie mit mir auch der Meinung,

(Zurufe von der CSU: Nein! - Harald Güller (SPD): Weil ihr es nicht versteht!)

dass eine Anhörung der Betroffenen keinen einzigen Tag Verzögerung bringt, sondern nur die vernünftige Diskussion für eine schnelle Internetanbindung des ländlichen Raums?

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Zur Klarstellung, Herr Kollege Pfaffmann, das war eine Zwischenbemerkung in Form von drei Fragen. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Förster.

**Dr. Linus Förster (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pfaffmann, ich beantworte Ihre erste Frage mit einem kurzen Ja, ihre zweite Frage mit einem kurzen Ja und die dritte Frage etwas ausführlicher mit Jawohl.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Dr. Förster; so viel Einigkeit in einer Fraktion ist immer erfreulich.

(Allgemeine Heiterkeit)

Jetzt hat Herr Staatsminister Schneider das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man war schon fast versucht zu glauben, man sei im Musikantenstadl, weil sich hier viele Musiker outen.

(Dr. Linus Förster (SPD): Das sagt der Gitarrespieler!)

- Zu meiner Zeit war immer noch das Kabel dran. Die beste Musik ist diejenige die man als Musiker ohne zusätzliche Mittel auf der Bühne bringt.

Damit deutlich wird, dass im Bayerischen Landtag keine Schleichwerbung für einzelne Firmen gemacht wird, will ich darauf hinweisen, dass es auch andere gute Firmen wie

die Firma Sennheiser gibt, die sich am Gespräch beteiligt haben. Ich sage das, um dem Vorwurf vorzubeugen, Kollege Förster mache einseitig Werbung für eine Firma.

In der Tat geht es darum, die Chance zu nutzen, die Breitbandversorgung im ländlichen Raum mit realistischen Möglichkeiten einzuführen. Man kann zwar träumen und schöne Anträge stellen, dass der ländliche Raum optimal versorgt werden müsse, darf aber dann nicht kneifen, wenn es eine Chance gibt, den ländlichen Raum optimal zu versorgen. Man ist nicht bereit zuzustimmen, weil nicht jede einzelne Frage bis zum letzten Punkt geklärt ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Diesen Vorwurf mache ich Ihnen. Wir haben die Chance, mit der digitalen Dividende den ländlichen Raum gut auszustatten. Es eilt, weil der ländliche Raum dem städtischen Raum nicht nachgestellt werden darf.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wollen wir schon sehr lange!)

- Sie wollen, Sie schreiben und fordern. Wenn es dann darauf ankommt, dass man es tut, kneifen Sie. Diese Tatsache hat sich deutlich gezeigt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie hätten fünf Jahre lang Zeit gehabt!)

Mit der digitalen Dividende haben wir die Chance, die Versorgung mit Breitband über die Kanäle 61 bis 69 im ländlichen Raum zu ermöglichen.

All die Fragen, die Sie aufgeschrieben haben, sind wichtig. Sie tauchen aber heute nicht zum ersten Mal auf. Diese Fragen wurden in dem zwei- bis dreijährigen Prozess immer wieder angesprochen. Für viele Bereiche wurden Lösungen gefunden. Wir werden im Bundesrat darauf achten, dass als Grundlage der Zusage des Landes Bayern, im Rundfunkbereich zu verzichten, die Verpflichtung erfüllt wird, zunächst im ländlichen Raum zu beginnen, nämlich zunächst bei den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern. Wenn diese versorgt sind, kommen die Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern an die Reihe

und dann erst die großen Städte. Wir wollen die Frequenzen nicht für den großstädtischen Raum, um dort ein gutes Geschäft machen zu können, sondern für den ländlichen Raum. Deshalb wollen wir jetzt anfangen. In den Diskussionen in den Bundsratsausschüssen werden diese Fragen genau geklärt werden.

Derzeit arbeiten wir an einer Begleitentschließung, die zur Debatte im Bundesrat eingebracht werden soll. Darin geht es auch darum, dass die Belange der Sekundärnutzer berücksichtigt werden. Bis 2015 ist gesichert, dass die Funkmikrofone genutzt werden. Es gibt die Zusage, in dieser Zeit eine alternative Frequenz zu suchen.

Ich meine, man kann nicht warten - etwa zwei Jahre -, bis jede einzelne Frage beantwortet ist, um erst dann zu beginnen. Das ist nicht der Ansatz der Staatsregierung. Wir werden die Angelegenheiten der Störproblematik oder drahtlosen Produktionsmitteln beachten. Jetzt geht es darum, die Chance zu nutzen, damit der ländliche Raum mit einem guten Breitbandangebot versorgt werden kann. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Gote zu? - Bitte schön, Frau Gote.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Staatsminister, kann ich Sie so interpretieren, dass Sie den Kommunen die Zusage geben, die Investitionskosten, die gegebenenfalls durch Alternativlösungen entstehen, im Zuge eines erweiterten Konnexitätsprinzips zu übernehmen? Werden Sie auch dafür sorgen, dass den staatlichen Einrichtungen wie Theatern und Museen oder Sporteinrichtungen, Institutionen, öffentlichen Bildungseinrichtungen die Kosten erstattet werden, wenn sie technisch umrüsten müssen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei):** Anders, als Rot-Grün es bei UMTS gemacht hat, ist es unsere Absicht, dass bei den Erlösen gerade diese Fragen

berücksichtigt werden und dass die Kultureinrichtungen bei notwendigen Umstellungsmaßnahmen unterstützt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/1142 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/1151 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen von CSU und FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt noch einmal zurück zum ersten Dringlichkeitsantrag, für den namentliche Abstimmung beantragt wurde. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Dr. Fahn und anderer und Fraktion der Freien Wähler, betreffend "Jährlicher Klimaschutzbericht", Drucksache 16/1141. Die Urnen an den beiden Ausgängen und vor dem Rednerpult sind aufgestellt. Ich gebe fünf Minuten Zeit für die Abstimmung. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Zeit für die namentliche Abstimmung abgelaufen ist. Ich schließe damit die namentliche Abstimmung. Wir fahren in der Tagesordnung fort.